



von Helmut Markwort

Andrea Nahles will, dass die Deutschen nach einem fallenden Messer greifen

Montag

Welcher Teufel hat Andrea Nahles geritten? Ohne Not verkündet sie, Deutschland müsse wohl der Türkei helfen. Der deutsche Steuerzahler soll die stürzende Wirtschaft am Bosphorus retten. Ein solcher Plan ist weder im Koalitionsvertrag vorgesehen, noch ist er sinnvoll. Der Staats- und Wirtschaftslenker Erdogan, der bei vielen Gelegenheiten die Deutschen als Nazis beschimpft, hat mit Alleingängen sein Land schwer beschädigt und den Absturz der türkischen Währung bis zum Ramschwert selber verschuldet.

Ökonomisch muss man in einer solchen Situation an die Börsenwarnung erinnern: „Never catch a falling knife.“

Was Andrea Nahles dazu bringt, dass der deutsche Steuerzahler nach einem fallenden Messer greifen soll, lässt vielerlei Spekulationen zu. Auf jeden Fall setzt sie sich dem Verdacht aus, dass sie in Wirtschaftsfragen nur grenzbegeistert ist.

Es wurde auch schon die Vermutung geäußert, sie könne mit ihren Rettungs-

gedanken hier lebende Bürger türkischer Abstammung als Wähler für die SPD gewinnen wollen.

Dem setze ich die Vermutung entgegen, schwankende Altwähler der SPD im Ruhrgebiet könnten sich ganz von ihrer ehemaligen Partei abwenden. Sie würden mit dem für Ankara vorgesehenen Geld lieber deutschen Betrieben helfen.

Aber vielleicht hat Andrea Nahles globale Motive wie ihr Vorgänger Sigmar Gabriel. Der prophezeit, wenn wir Erdogan nicht materiell unterstützten, könne er sich Atombomben zulegen.

Eine solche Fantasie über einen Nato-Partner lässt an brutale Erpressung denken.

Dienstag

Oberflächliche Zeitgenossen, Medienmenschen genau wie Politiker, reden gerne das Thema Migration klein. Sie halten es für weniger relevant, weil die Zahlen der Einwanderer und Flüchtlinge an den Grenzen zurückgegangen sind. In Wahrheit sind die Probleme vor Ort angekommen. Die Bürger erleben das Thema täglich in den Schulklassen ihrer Kinder, beim Bemühen um preiswerte Wohnungen, bei der Rivalität um einfache Arbeitsplätze und auch bei der Kriminalität.

In kleinen Gemeinden wird das gleiche Dilemma sichtbar, das auch das ganze Land bewegt. Die Bürger werden Zeugen, wie tüchtige Ausländer mit Arbeitsplatz und ersten Deutschkenntnissen zum Entsetzen ihrer Chefs abgeschoben werden sollen, und hören gleichzeitig von den Polizeibeamten des Ortes, dass illegale Einwanderer ohne gültige Papiere nach



Hin und zurück

Der Fall von bin Ladens Leibwächter Sami A. kann ein Kapitel deutscher Rechtsgeschichte werden

Straftaten festgesetzt worden sind. Keiner weiß, ob die Rechtslage reicht, sie abzuschieben.

Viele werden ausgewiesen, bleiben aber im Land. Der Unterschied zwischen ausweisen und abschieben ist eklatant. Wer keine Papiere hat und damit offiziell auch kein Heimatland, kann mangels Adresse nicht abgeschoben werden.

Pannen passieren in beide Richtungen. Der Fall des unglücklich nach China abgeschobenen Uiguren ging durch alle Medien. Dass der mutmaßliche Al-Qaida-Terrorist Sami A. aus Tunesien vielleicht sogar zurück nach Deutschland geholt werden muss, ist einer der kuriossten Vorgänge überhaupt.

Diese Einzelfälle beschäftigen die Öffentlichkeit ausführlich, aber über die Gesamtlage informiert der Staat kaum. Wir kennen die Relationen nicht.

Als ans Licht kam, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge insbesondere in Bremen Hunderten von Einwanderern widerrechtlich politisches Asyl gewährte, kündigte Innenminister Seehofer gründliche Untersuchungen an. Seitdem schweigt er über das Ausmaß des Betrugs. Ermittelt er noch, oder soll der Skandal kleingespielt werden?



Türken-Retter Die SPD-Politiker Andrea Nahles und Sigmar Gabriel wollen Erdogan helfen